

## "Der Kampf um Europa" in Die Welt (19. Juni 2004)

**Quelle:** Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. 19.06.2004. Hamburg. "Der Kampf um Europa", auteur:Middel, Andreas; Ridderbusch, Katja.

**Urheberrecht:** (c) Die Welt

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/der\\_kampf\\_um\\_europa\\_in\\_die\\_welt\\_19\\_juni\\_2004-de-3b9be95b-aa8e-41fe-8b3b-da3ee1c73cad.html](http://www.cvce.eu/obj/der_kampf_um_europa_in_die_welt_19_juni_2004-de-3b9be95b-aa8e-41fe-8b3b-da3ee1c73cad.html)

**Publication date:** 21/11/2014

## Der Kampf um Europa

VON ANDREAS MIDDEL UND KATJA RIDDERBUSCH

Am Freitagmorgen kurz nach zehn Uhr empfing Bundeskanzler Gerhard Schröder seine Verbündeten: Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker und Belgiens Regierungschef Guy Verhofstadt setzten sich im deutschen Delegationsraum im EU-Ratsgebäude in Brüssel zusammen, zum "Kriegsrat". Eine erfolglose Nacht lag hinter den dreien. Das Abendessen der 25 Staats- und Regierungschefs, das nur ein Gesprächsthema hatte – die Kür des neuen Kommissionspräsidenten –, hatte in tiefer Verstimmung geendet. Wieder ein Gipfel, der sich früh festgelaufen hatte. Die Frage, wer die künftige EU-Behörde leiten soll, hat viele der scheinbar verheilten Wunden wieder aufgerissen, die sich das erweiterte Europa in der Irak-Krise vor mehr als einem Jahr selbst geschlagen hatte.

Großbritanniens Premier Tony Blair versucht auf der einen Seite, die Reihen zu schließen. Kanzler Schröder und Frankreichs Chirac organisieren auf der Gegenseite ihre Verbündeten. Der Streit um Personal und wichtige Details der EU-Verfassung lud sich zum kaum verhohlenen Richtungskampf auf. Alles hatte der amtierende Ratspräsident und irische "Häuptling" (Taoiseach) Bertie Ahern versucht, um die Kontrahenten zu versöhnen. Er vernahm die EU-Staats- und -Regierungschefs einzeln, um die Chancen für einen gemeinsamen Kandidaten auszuloten. Polens Regierungschef Marek Belka ließ sich nicht erweichen, andere vor ihm hatten sich ebenfalls für den einen oder anderen Kandidaten festgelegt. Der "Beichtstuhl", wie das Verfahren heißt, endete wie das Essen – erfolglos.

Als einen der Letzten empfing Ahern den deutschen Kanzler zum Gespräch. Und als Gerhard Schröder auf dem deutsch-französischen Wunschkandidaten für die Prodi-Nachfolge bestand, dies auch im Namen des abwesenden französischen Staatspräsidenten, war klar: Die Wahl des Kommissionspräsidenten wird für die EU zum Drahtseilakt. Als Beichtvater hatte Ahern wohl in europäische Abgründe geschaut. Denn er warnte eindringlich: Bei der Besetzung des EU-Spitzenamtes "geht es nicht um Rache, Bitterkeit oder darum, jemandem etwas nachzutragen". Zwei Personen ringen um das EU-Spitzenamt, doch hinter jedem der beiden versammeln sich Länder mit einem Verständnis von Europa, wie es unterschiedlicher kaum sein kann. Nationalstaat gegen Integration, Transatlantiker gegen Eurozentriker, soziales gegen wirtschaftliberales Europa.

Guy Verhofstadt, eher linksliberaler Regierungschef Belgiens, ist der Kandidat Frankreichs und Deutschlands. Bereits im Vorfeld hatten sich die üblichen Alliierten hinter den Mann mit der Zahnlücke gescharrt: Juncker sprach sich offen für Verhofstadt aus. Auch die deutsch-französischen Reihen standen geschlossen an jenem 17. Juni, dem Abend, bevor sich die Schlacht von Waterloo zum 189. Mal jährte: "Ein guter Kandidat" sei Verhofstadt, sagte der französische Präsident Jacques Chirac und fast wortgleich auch Bundeskanzler Schröder. Europa brauche eine "gute Personalentscheidung". Mit Verhofstadt "hätte man einen überzeugten Europäer, der den Job kann".

Der Belgier steht für die Idee eines "sozialen Europas" und in Konkurrenz zum wirtschaftsliberalen Kurs angelsächsischer Prägung. Er gilt als Vertreter der immer engeren Integration in der Wirtschafts-, Sozial- und der Außenpolitik. Als Organisator des "Pralinengipfels" war Verhofstadt Teil der europäischen Koalition gegen den Irak-Krieg – und hat sich in den Augen Frankreichs und Deutschlands in dieser Mission Meriten erworben. Genau das aber ist für die anderen in Europa Grund zu aktivem Widerstand. Unterstützt von Tony Blair, präsentieren die Verhofstadt-Gegner ihren Kandidaten: den noch amtierenden britischen EU-Außenkommissar Chris Patten. Die Gründe, die Konservative und Christdemokraten für seine Ernennung anbringen, klingen zunächst überzeugend. Mit Verhofstadt als Kommissionspräsidenten, dem Spanier Javier Solana als EU-Chefdiplomat und dem Deutschen Günter Verheugen als Superkommissar und Vizepräsident der Kommission hätte Europa eine linksliberale Führungsspitze – "das wäre für die konservative Mehrheit unter den 25 EU-Regierungen und im Parlament schwer zu schlucken", sagte der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok. Doch die parteipolitische Ausgewogenheit bei der Besetzung des Kommissionspräsidenten ist allenfalls ein Teilaspekt. Für Blair, der sich wohl auch für den immer wieder genannten, aber wenig aussichtsreichen österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel erwärmen könnte, ist Patten vor allem ein taktischer Kandidat: Ein Konservativer, der Europa freundlich gesinnt ist,

ohne in die Euphorie eines glühenden Integrationalisten zu verfallen, käme dem innenpolitisch bedrängten Blair äußerst gelegen. Ganz entschieden aber missfällt Blair die von Frankreich und Deutschland betriebene Kandidatenkür Verhofstadts. "Wir arbeiten in einem Europa der 25 Länder, nicht der sechs oder zwei", schimpft er in Richtung Berlin und Paris. Auch die pauschale Ablehnung Chiracs, niemand könne EU-Kommissionspräsident werden, der aus einem Land stammt, das weder beim Schengen-Abkommen noch beim Euro mitmacht, stößt Blair bitter auf. Denn mit dieser Argumentation wären mehr als die Hälfte aller EU-Mitgliedsstaaten vom EU-Spitzenamt ausgeschlossen. Hinter den Kulissen attackierte Blair wütend Chirac und den Bundeskanzler. Ein deutsch-französisches Direktorium ist für den Briten nicht akzeptabel.

Blair kann sich bei seiner Kampfansage an Paris und Berlin der Zustimmung von Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi sicher sein. Immerhin war der Italiener es, der Chris Patten als Gegenspieler Verhofstadts ins Spiel gebracht und damit Paris und Berlin offen den Fehdehandschuh hingeworfen hatte. Polens Premier Belka springt Blair ebenfalls zur Seite. Die alten Irak-Fronten stehen wieder – wie in der Personaldebatte so auch bei der Verfassung. Eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen in sensiblen Politikbereichen ist mit London nicht zu machen. Ein nationales Votum bleibt in allen Steuerfragen erhalten. Auch in der Außenpolitik bleibt es vorerst bei der Einstimmigkeit, von wohl gesicherten Ausnahmeklausen abgesehen. Auch hier sind die Gegenspieler Londons die üblichen Verdächtigen: Deutschland und Frankreich hatten sich dafür stark gemacht, dass die Regierungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik künftig mit qualifizierter Mehrheit entscheiden – damit wäre die Vetomacht einzelner Regierungen beschränkt worden. Doch trotz der offenen Streitigkeiten disziplinieren sich die Staats- und Regierungschefs zumindest bei den Verhandlungen zum Großprojekt der EU-Verfassung. Der Personalstreit soll einen Erfolg nicht überschatten, nur keine Kampfabstimmung zwischen zwei widerstreitenden Kandidaten und Lagern. Darum wurde am Freitagabend in Brüssel immer offener über eine Vertagung der Personalentscheidung diskutiert: Die Zeit soll Wunden heilen. In zwei oder drei Wochen könnten sich die EU-Regierungschefs zu einem Sondergipfel treffen. Und bis dahin pilgern sie abwechselnd ins Großherzogtum Luxemburg, um Jean-Claude Juncker doch noch für die große europäische Aufgabe zu bewegen. Ein Mann des Ausgleichs, der Europas Richtungskampf vielleicht beenden könnte.